

Zukunft sichern – Grundschulen im Kreis Kleve stärken und erhalten!

Programm der GEW – Kreisverband Kleve – zur Zukunft der Grundschulen

Mit diesem Programm will die GEW Ziele und Maßnahmen aufführen, die zur Stabilisierung der Grundschullandschaft im Kreis Kleve beitragen können.

Für den Erhalt und die Funktionsfähigkeit aller Grundschulen ist die GEW in der Vergangenheit schon immer eingetreten, nun werden Forderungen und Maßnahmen formuliert, die notwendig sind um diese Ziele zu erreichen.

Die Ausgangslage:

Im Kreis Kleve gibt es zum 1.1.12 insgesamt 57 Grundschulen, 39 katholische Konfessions- und 18 Gemeinschaftsgrundschulen sowie 3 Verbundschulen. In 11 Grundschulen wird ein gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht-behinderten Kindern durchgeführt. 11468 Schülerinnen und Schüler besuchen die Schulen, darunter sind ca. 200 – 250 Kinder mit Förderbedarf. Für die Lehrerversorgung sind ca. 590 Lehrerstellen vorgesehen. Ca. 36 Stellen davon sollten durch Förderschullehrer besetzt sein, 16 Stellen beträgt die Vertretungsreserve, 5 Stellen der Sozialindex.

Bis zum Jahre 2019 wird sich die Schülerzahl um 1000 Kinder verringern. Ab dem Schuljahr 2013/14 werden alle Kinder mit Förderbedarf durch die vorgesehene Umsetzung der „Inklusion“ das Recht haben, eine Schule ihrer Wahl zu besuchen. Bisher wurden die Schüler mit Förderbedarf sogenannten Standortschulen zugewiesen, um eine Doppelbesetzung der GU-Klassen mit Förderschul- und Grundschullehrkraft zu ermöglichen. Dieses Konzept scheitert aber zum einen an der schlechten Stellenbesetzung zum anderen an der notwendigen Zahl von ausgebildeten Förderschullehrern. Die Doppelbesetzung wurde so häufig aufgelöst, weil sie als eigentliche Vertretungsreserve aufgrund der Personalnot und der diffusen Stellenbeschreibung der Ersatzkräfte missbraucht wurde.

Pro 100qkm gibt es 4,6 Schulen (NRW 9,3; Kreise 6,5; Städte 36,3) , im Durchschnitt besuchen ca. 200 (NRW 209)Schüler eine Schule. Auf einen qkm kommen 9,6 (19,3; 13,3; 78,7) Schüler. Die größte und die kleinste Schule befinden sich mit Straelen und Wankum im Südkreis. Der Klassenfrequenzrichtwert von 24 Schülern pro Klasse wird mit 23,4 (23,1; 23; 23,2) um 0,6 unterschritten. Damit werden im Kreis Kleve mehr Klassen gebildet als vorgesehen.

Die Ausgaben pro Grundschüler 2008 betragen in NRW 3.900 € (Vergleiche: Bundesdurchschnitt 4400 €, Bayern 4900 € und Thüringen 5200 €, Hamburg 5800 €, Sek II 9557 €). Diese geringen Finanzmittel in Verbindung mit der Personalnot lassen eine besondere Profilierung der Grundschulen mit besonderem Schwerpunkt wie beispielsweise Sportförderung, Spachangebote Musikausbildung, Kunstangebote, Informatik o.ä. nur sporadisch (Grundschule Kranenburg) oder gar nicht zu, weil wegen der vielen befristeten Arbeitsverträge im Kreis es zu häufig zu einem Wechsel der Lehrkräfte kommt.

Anders als in den weiterführenden Schulen gibt es an den Grundschulen im Kreis keinen „Gebundenen“ Ganzttag, der kostenfrei für die Erziehungsberechtigten ist. Im „Offenen“ Ganzttag müssen die Eltern Gebühren zahlen, daher werden nicht alle Kinder angemeldet. Ein Rhythmisieren des Schulalltages auch mit besonderen Angeboten aus dem Ganzttag ist somit schwierig durchzuführen.

Drohende Konsequenzen:

Durch Schließung und Verbund ist die Zahl der Grundschulen in den letzten Jahren von 62 auf 57 gesunken, weitere Schließungen oder Verbünde sind im Gespräch (Straelen, Kevelaer, Kleve, Goch, Emmerich, Rees, Rheurdt, Issum).

Gegenmaßnahmen:

Die GEW fordert zunächst einmal eine Bestandsaufnahme und Überprüfung der Situation und bis dahin einen Stopp aller Maßnahmen, denn aufgrund der im Vergleich zu anderen Flächenkreisen sehr geringen Anzahl von Grundschulen könnten sich weitere Schließungen verheerend auswirken. Zudem würde eine

Schließung weiterer Grundschulen sich kontraproduktiv auf den Inklusionsprozess auswirken.

Kreis und Kommunen sowie die entsprechenden politischen Gremien überprüfen die Maßnahmen unter Federführung des regionalen Bildungsbüros. Dabei ist kritisch zu überprüfen, wie sinnvoll Schließungen und Schulverbünde sind und ob sie tatsächlich zur Stabilisierung oder gar zu Verbesserung beitragen.

Dabei kann folgende Fragestellung hilfreich sein:

Welche Auswirkungen haben die Schließung einer Schule oder der Verbund für eine Gemeinde oder den Ortsteil?

Kann die Schließung einer Grundschule angesichts des Inklusionsgedankens überhaupt vertreten werden?

Welche Kosten können für die Gemeinde oder das Land bei einer Schließung oder dem Verbund eingespart werden?

Welche Maßnahmen sind notwendig für den Erhalt der Grundschulen?

Meinung der GEW:

Mit dem Papier der jetzigen Landesregierung zum Erhalt der Grundschulen im ländlichen Raum ist der erste Schritt für die Verwirklichung eines Konzeptes für den Kreis Kleve möglich. Allerdings müssen hier Nachhaltigkeit und Ehrlichkeit eingefordert werden: Wenn die Demografiegewinne tatsächlich zur Verbesserung der Lage im Kreis Kleve genutzt werden sollen, muss das transparent werden.

Die GEW fordert:

- Der Stellenplan des 1.1.2012 wird bis zum Jahre 2020 festgeschrieben. Alle Abgänge, Versetzungen oder Pensionierungen, werden 1 : 1 ersetzt. (Land)
- Die Ausgaben für Grundschüler werden auf den Bundesdurchschnitt um 500 € auf 4400, --€ erhöht. (Land)

- Der Klassenfrequenzrichtwert wird der Wirklichkeit angepasst. Er ist bereits zum kommenden Schuljahr auf 23,1 zu senken.(Land)
- Das Bildungsbüro begleitet den Prozess und veröffentlicht die entsprechenden Zahlen, damit wird die notwendige Transparenz und Überprüfbarkeit hergestellt.(Kreis)
- Der Kreis und die ihm angehörigen Gemeinden schreiben in ihren Haushaltsaufstellungen ihre Ausgaben und Einnahmen ebenso fest. Dies wird ebenfalls vom Bildungsbüro dokumentiert.(Kreis, Gemeinden)
- Zusätzliche Aufgaben (z.B. Inklusion) für die Grundschulen werden mit dem entsprechenden zusätzlichen Personal und den demzufolge angepassten finanziellen Mitteln umgesetzt.(Land, Kreis, Gemeinden)
- Das Kompetenzteam muss für verstärkte Fortbildungsmaßnahmen zur Vorbereitung auf die Zukunftsanforderungen personell und finanziell aufgerüstet werden. (Land)
- Eine Erleichterung der gesetzlichen Vorgaben bei der Umwandlung von Konfessions- in Gemeinschaftsgrundschulen muss erfolgen, die bürokratischen Hürden sind zu hoch. (Land)
- Jede beabsichtigte Schulschließung soll gegenüber der Schulkonferenz mit einer Kosten-Nutzen Rechnung und einer pädagogischen Begründung dargelegt werden. (Gemeinde)

Bei Erfüllung dieser Forderungen können folgende Maßnahmen sofort angegangen werden:

- Die Vertretungsreserve für den Kreis Kleve ist wie gesetzlich gefordert sofort mit den 16 Stellen einzurichten, der Bedarf soll mittelfristig nach Überprüfung den tatsächlichen Bedürfnissen der Schulen angepasst werden. Gerade kleine Grundschulen sind darauf angewiesen, dass dieses sinnvolle Instrument funktioniert: Denn hier liegt der Wert einer Stelle bei über 20% (Wankum), während er bei einer großen Grundschule unter 4 % (Straelen) beträgt.
- Die Stellen für den Sozialindex sollen gezielt den einzelnen Brennpunktschulen zugeordnet werden. Zusätzliches Material und höherer Bedarf an Räumen angesichts der sehr heterogenen Schülerschaft muss aus den erhöhten Mitteln finanziert werden.
- Zusätzliche Aufgaben wie Gemeinsamer Unterricht oder Inklusion dürfen nur mit entsprechendem Fachpersonal, Räumlichkeiten und finanziellen

Mitteln durchgesetzt werden. Klare Eckpunkte sind wegen der notwendigen Transparenz wichtig z.B. höchstens 20 Kinder, davon höchstens 5 Kinder mit Förderbedarf und 2 Lehrpersonen. Bei besonderem Bedarf müssen Integrationshelfer je nach Schulgröße fest in jeder Schule angestellt werden. Hier muss die Zusammenarbeit zwischen Schule, Schul- und Jugendamt sowie Träger der Maßnahme dringend verbessert werden.

- Die Ausweitung des Kompetenzteams ist für den stark erhöhten Fortbildungsbedarf nötig. Für die Lehrerinnen und Lehrer besteht dringender systematischer Fortbildungsbedarf mit konsequenter Begleitung, um bei der jetzt schon erheblichen Heterogenität der Schülerschaft den Unterricht kompetenzorientiert verwirklichen zu können. Bei der wie vom Land geforderten Optimierung der Klassengrößen durch jahrgangsübergreifenden Unterricht ist ebenfalls ein Vorbereitung von erheblicher Bedeutung.
- Die Umwandlung von Konfessions- in Gemeinschaftsgrundschulen erleichtert gerade in den Dörfern und Ortsteilen die Stellenbesetzung, insbesondere der Leitungsstellen. Ohne die Schulkonzeption wesentlich zu verändern, besteht hier eine mögliche Kostenersparnis. Nicht-Katholische Kinder können mit ihren Spielkameraden zusammenbleiben. Sie brauchen nicht an die GGS zu wechseln. Die erspart der Gemeinde Fahrtkosten. Außerdem widerspricht dieser Zustand dem Gedanken der Inklusion. In Zukunft wird es wie bei schulscharfen Ausschreibungen keine Versetzung von nicht-katholischen Lehrpersonen an Konfessionsschulen geben.
- Eine Offenlegung der Kosten-Nutzen Rechnung bei der Schulschließung soll die Auswirkungen auf die Umgebung darlegen. Im Schnitt kostet ein Fahrschüler 4,-- € pro Tag (bei 80 Schülern x 200 Tagen x 4 = 64 000 € pro Jahr), das nicht-genutzte Gebäude kostet im Unterhalt pro Jahr ungefähr 15 000 €, die zusätzlichen Räume und Kosten durch die neuen Schüler 20 000 €, die Auswirkungen auf den Ortsteil: z.B. Wegzüge, Baupreise, Lebensqualität u.ä.?)
- Für eine besondere Profilierung bewirbt sich eine Kommune für eine Sekundarschule von 1 -10 als Schulversuch. Dies könnte richtungsweisend bei der jetzt eingeleiteten Veränderung der Schullandschaft und beispielhaft für die Zukunft sein. In diesem

Schulversuch, der inklusiv in der „Gebundenen“ Ganztagsform durchgeführt wird, wäre eine besondere Profilierung möglich, ohne Kinder auszugrenzen oder zu selektieren.

Mit diesem Programm positioniert sich die GEW im Bereich der Grundschulen des Kreises, sie legt damit ein Handlungskonzept für eine Verbesserung der Lage der Grundschulen vor. Die Kinder und Lehrer im Kreis Kleve haben Unterstützung in einem offenen und ehrlichen Umgang mit den vorgesetzten Behörden und der Kommunal- und Landespolitik verdient.